

 Bundesministerium
Bildung

 Bundeskanzleramt
Bundesministerin für
Europa, Integration und Familie

 Bundesministerium
Frauen, Wissenschaft
und Forschung

 Bundesministerium
Wohnen, Kunst, Kultur,
Medien und Sport

Geschäftszahlen:

BMB: 2025-0.410.483

BKA: 2025-0.417.140

BMFWF: 2025-0.258.642

BMWKMS: 2025-0.385.202, 2025-0.420.310

17/4.1

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel am 12./13. Mai 2025

Am 12./13. Mai 2025 fand in Brüssel die Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport statt.

Österreich wurde für den Bildungsteil durch Herrn Bundesminister Christoph Wiederkehr und für die Teile Jugend, Kultur/Medien und Sport durch Botschafter Franz Wirtenberger vertreten.

Den Vorsitz für den Teil Jugend und Bildung führten Barbara Nowacka (PL Ministerin für Bildung) und Andrzej Szeptycki (PL Unterstaatssekretär für höhere Bildung), für den Teil Kultur, Audiovisuelles und Medien Hanna Wróblewska (PL Ministerin für Kultur und nationales Erbe) und für den Teil Sport Piotr Borys (PL Staatssekretär für Sport und Tourismus). Die Europäische Kommission war durch eVP Roxana Mînzatu (Teil Bildung) und Kommissar Glenn Micallef (Teil Jugend, Kultur und Sport) vertreten.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

Tagung des Rates – Teil Bildung

- Der Rat billigte die Schlussfolgerungen zu „inklusive, lernerzentrierten Verfahren in der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und in der Schulbildung“. Die Schlussfolgerungen befassen sich vorrangig mit den spezifischen Bedürfnissen von Lernenden und der Vielfalt von Schülerinnen und Schülern sowie Kindern in frühkindlicher Bildung und Betreuung. Hochwertige Bildung soll für alle zugänglich sein und noch bestehende Lernbarrieren sollen abgebaut werden. Im Rahmen eines „whole-school“- Ansatzes sollen Lernprozesse, Unterrichtspraktiken, Beurteilungsmethoden, Schulumfeld und Unterstützungsangebote inklusive Bildung ermöglichen.
- Der Rat billigte die EntschlieÙung „über ein Gütesiegel für einen ‚gemeinsamen europäischen Hochschulabschluss‘ und über die nächsten Schritte in Richtung eines möglichen gemeinsamen europäischen Hochschulabschlusses: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Attraktivität des europäischen Hochschulwesens“. Die EntschlieÙung sieht einen Schritt-für-Schritt-Ansatz zur Implementierung des Gütesiegels vor und beinhaltet einen Fahrplan für das weitere Vorgehen in Richtung eines möglichen europäischen Hochschulabschlusses. Das europäische Hochschulabschluss-Siegel, das auf Grundlage gemeinsamer Kriterien vergeben wird, soll dazu beitragen, den transnational zusammenarbeitenden Hochschulen das Angebot an gemeinsamen Studienprogrammen und die Verleihung von gemeinsamen Hochschulabschlüssen zu erleichtern.
- Der Rat nahm die Empfehlung „über ein europäisches Qualitätssicherungs- und Anerkennungssystem in der Hochschulbildung“ an. Die Empfehlung zielt auf einen schrittweisen Übergang zu einer verstärkten externen, institutionellen Qualitätssicherung in der Hochschulbildung ab. Dabei sollen Transparenz, Mobilität und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefördert werden, unter gleichzeitiger Wahrung hoher Qualitätsstandards und gegenseitigen Vertrauens. Hochschuleinrichtungen soll der Übergang zu einem institutionellen Ansatz erleichtert und die Verlässlichkeit ihrer internen Qualitätssicherungen durch externe Qualitätssicherungsverfahren gestärkt werden.
- Im Anschluss führte der Rat eine Orientierungsaussprache zum Thema „Die Rolle der Union der Kompetenzen bei der Stärkung des europäischen Bildungsraums“. Die Ministerinnen und Minister diskutierten die Nutzung potenzieller Synergien der beiden Instrumente sowie die zukünftige Governance des EBR. Bundesminister Wiederkehr zeigte sich erfreut, dass Bildung und Kompetenzen einen hohen Stellenwert auf der EU Agenda haben und betonte, dass Bildung das Fundament für eine offene Gesellschaft als auch für die Europäische Union sei. Die Union der Kompetenzen und der EBR verfolgen gemeinsame Ziele, wie die Förderung und den

Erwerb von Grundkompetenzen, lebenslanges Lernen, inklusive und widerstandsfähige Bildungs- und Ausbildungssysteme und verstärkte Mobilität. Wertvolle Synergien können sowohl den Bildungs- als auch den Wirtschaftssystemen zugutekommen. Bundesminister Wiederkehr erklärte, dass die umfassenden Zielsetzungen des EBR nicht vernachlässigt werden dürfen und hinterfragte die Notwendigkeit zusätzlicher Gremien in der Union der Kompetenzen. Alle Maßnahmen sollen die Innovationskraft sowie die ökologische, ökonomische und soziale Widerstandsfähigkeit stärken. Wichtig seien klare Prioritäten und Zielsetzungen, um Bildungssysteme chancengerechter, adaptiver, flexibler und inklusiver zu machen. Dabei müsse der Fokus auf der Vermittlung von Grundkompetenzen und sozialen Kompetenzen liegen. Dafür seien kompetenzorientierte Lehrpläne notwendig, an denen Österreich derzeit arbeite. Zudem könne der Europäische Qualifikationsrahmen und die Anerkennung von Abschlüssen weiter gestärkt werden. Abschließend hob Bundesminister Wiederkehr die wichtige Bedeutung des EU-Programms Erasmus+ hervor, das eine zentrale Kernaufgabe der Union darstelle.

- Abschließend informierte der polnische Ratsvorsitz unter TOP „Sonstiges“ zum Thema „Sensibilisierung für EU-Themen durch Bildung“. Österreich, Frankreich, Ungarn, Italien, Slowakei und Schweden informierten über „Die negativen Auswirkungen der Nutzung von Smartphones in Schulen“. Italien lud zur Konferenz „Ein Jahr nach dem G7-Ministertreffen zum Thema Bildung: welche Schritte sollten unternommen werden, um die Zusammenarbeit im Bildungsbereich weiter zu verbessern?“ in Rom von 27.-28. Juni 2025 ein. Die Slowakei informierte über das geplante siebte globale Forum der OECD zur Zukunft der Bildung und der Kompetenzen 2040 in Bratislava von 24.-26. November 2025. Litauen, Estland und Lettland informierten zum Thema „Beitrag der EU-Zusammenarbeit im Bildungsbereich zur Aufklärung über totalitäre Regime und zur Stärkung der Resilienz der EU“. Dänemark stellte das Arbeitsprogramm für ihren kommenden Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2025 vor. Die Schwerpunkte seien Bildung im digitalen Zeitalter sowie der Start der Verhandlungen zum Erasmus+ Programm nach 2027.

Tagung des Rates – Teil Jugend

- Der Rat billigte die „Schlussfolgerungen zu einer Gemeinschaft junger Menschen in Europa auf der Grundlage europäischer Werte für ein gemeinsames und sicheres Europa“, welche den Sicherheitsschwerpunkt der polnischen Ratspräsidentschaft im Jugendbereich aufgriffen. Weiters wurde eine „Entschlieung zur Überprüfung von Leitlinien zur Steuerung des EU-Jugenddialogs“ vom Rat gebilligt, welche sich mit der

Weiterentwicklung des EU Jugenddialogs als wichtiges Beteiligungsinstrument befasste.

- Im Rahmen der öffentlichen Orientierungsaussprache zu „Desinformation, Manipulation und Bedrohungen im Cyberraum und ihre Auswirkungen auf das Leben junger Menschen“ hielt Österreich fest, dass die digitale Welt einerseits enorme Chancen biete, aber andererseits auch Risiken mit sich bringe, insbesondere für Heranwachsende. Desinformation und gezielte Manipulation würden nicht nur die einzelnen Menschen bedrohen, sondern demokratische Gesellschaften insgesamt. Österreich sei sich dessen bewusst und habe daher bereits eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, um die Stärkung von Medienkompetenz und digitaler Bildung zu verankern. Die digitale Welt sei jedoch ein sehr dynamisches Feld und die Anstrengungen müssten kontinuierlich verstärkt und angepasst werden. Abschließend erläuterte Österreich, dass diese nationalen Bemühungen jedoch nur im europäischen Kontext ihre volle Wirkung entfalten könnten. Der Austausch von Best Practices, gemeinsame Forschung und die Weiterentwicklung EU-weiter Strategien seien essenziell, wie sie etwa im Rahmen des DSA, des AI Act oder des European Democracy Action Plan angestoßen werden.
- Der polnische Vorsitz informierte anschließend über die Diskussion des informellen Frühstückstreffens mit Jugendlichen, bei dem die Bedeutung des EU Jugenddialogs im Zentrum stand.
- Der ukrainische Minister für Jugend und Sport Matviy Bidnyi dankte den Mitgliedstaaten für die Unterstützung, erläuterte die schwierige Lage in der Ukraine und verwies auf Lviv als Europäische Jugendhauptstadt 2025.
- Litauen, Estland und Lettland erläuterten die Folgen von Desinformation und forderten Aufklärung sowie Bewusstseinsbildung über die Verbrechen von totalitären Regimen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten seien aufgerufen, demokratische Werte zu schützen und die Resilienz der EU zu fördern.
- Abschließend informierte Dänemark über die Prioritäten des kommenden Ratsvorsitzes. Im Zentrum der Ratspräsidentschaft stehe weiterhin die Umsetzung des Europäischen Jugendziels #1 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“. Es seien verschiedene Veranstaltungen im Jugendbereich geplant wie die EU Jugendkonferenz sowie das Treffen der Generaldirektorinnen und Generaldirektoren für Jugend, beides in Kopenhagen.

Tagung des Rates – Teil Kultur, Audiovisuelles und Medien

- Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zur Unterstützung junger Künstlerinnen und Künstler sowie Kultur- und Kreativschaffender am Anfang ihrer Laufbahn. Die

Themen reichen von Fördermaßnahmen wie Arbeitsstipendien und Mentoring über die Rolle von Kultureinrichtungen als Arbeitgeber bis hin zur sozialen Absicherung. Die Mitgliedstaaten und die EU sollen entsprechende Rahmenbedingungen betreffend Datensammlung, Information, Beratung, Arbeitsbedingungen, Finanzierung und Internationalisierung schaffen.

- Der Rat billigte Schlussfolgerungen zur Bewertung des Rechtsrahmens für audiovisuelle Mediendienste und Video-Sharing-Plattform-Dienste anlässlich der im Jahr 2026 anstehenden Evaluierung der AVMD-RL durch die EK. Der Rat nennt dabei verschiedene von der RL behandelte Aspekte betreffend den Anwendungsbereich, den Jugendschutz, die Bestimmungen über Video-Sharing-Plattformen, die Hervorhebung und Förderung von Mediendiensten bzw. deren Anbietern, die Übertragungsrechte in Bezug auf Ereignisse von allgemeinem Interesse, sowie die grenzüberschreitende Behördenkooperation.
- Die Orientierungsaussprache fand zum Thema „Ein neues Kulturkonzept in der Europäischen Union: der Kulturkompass und die Zukunft des Programms Kreatives Europa“ statt. Eingangs verwies Kommissar Micallef auf die aktuellen Ergebnisse des Eurobarometers, wonach 87% der Europäerinnen und Europäer der Kultur eine wesentliche Bedeutung in der EU beimessen. Die EK führe zu beiden Dossiers umfassende Konsultationen mit Stakeholdern aus den Kultur- und Kreativsektoren, den Mitgliedstaaten sowie dem EP durch. Angesichts der Vielzahl globaler Herausforderungen müsse herausgearbeitet werden, welche Themen in der EU-Kulturförderung priorisiert werden sollen und wie der Kulturbereich eine stärkere strategische Ausrichtung und eine bessere Abstimmung mit anderen Politikbereichen erfahren könne (Mainstreaming). Alle Delegationen forderten, dass „Kreatives Europa“ als eigenständiges Programm weitergeführt werden soll. Mehrere Mitgliedstaaten wiesen auf die notwendige ausreichende Finanzierung im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen hin. Bessere Sichtbarkeit des Programms, größere Flexibilität, Verwaltungsvereinfachung für kleinere Organisationen und einzelne Kunstschaaffende sowie breitere Kommunikation der Ergebnisse seien erforderlich. Im Hinblick auf den „Kulturkompass“ wurden der Schutz des kulturellen Erbes, die Freiheit der Kunst, die Verteidigung kultureller Vielfalt, Arbeitsbedingungen für Kulturschaaffende, soziale Kohäsion und Inklusion, Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung und KI, der Kampf gegen Desinformation, sowie internationale Kulturbeziehungen hervorgehoben. Österreich betonte ebenfalls die Fortführung von „Creative Europe“ und die Fokussierung vom „Kulturkompass“ auf übergeordnete EU-Prioritäten und Mainstreaming. Als zentrale Themen sehe Österreich den Zugang zu Kultur, die Verbesserung der sozialen und beruflichen Lage von Künstlerinnen und Künstlern und die Souveränität von europäischen kulturellen Inhalten im globalen

Kontext. Auf der operativen Ebene sei es wesentlich, dass die Themenhoheit des Rates, der Vorsitze und der Mitgliedstaaten sichergestellt werde. Daher sei das Instrument des EU-Arbeitsplans für Kultur beizubehalten.

- Unter den sonstigen Informationspunkten stellten Deutschland das „Weißbuch Chemnitz – 40 Empfehlungen aus 40 Jahren Kulturhauptstadt Europas“ und Schweden die Kulturhauptstadt Kiruna 2029 vor. Kroatien informierte zur Transparenz der Eigentumsverhältnisse und der Finanzierung im Medienbereich. Portugal, Spanien, Italien und Ungarn, unterstützt von sieben Delegationen, plädierten für die Berücksichtigung der Kulturbranche im Zusammenhang mit dem Schutz des Urheberrechts und verwandter Schutzrechte und der Gewährleistung von Transparenz im Rahmen des KI-Gesetzes. Frankreich wies auf die Erfolge des europäischen Förder- und Regulierungsmodells für Filme und audiovisuelle Werke und diesbezügliche Cannes Deklaration hin. Spanien lud zur MONDIACULT 2025 – Weltkonferenz über Kulturpolitik und nachhaltige Entwicklung (Barcelona, 29. September – 1. Oktober 2025) ein und Italien zur Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine 2025 (Rom, 10.-11. Juli 2025). Estland forderte einen Beitrag der Kultur zur Krisenvorsorge der EU in Form einer europäischen Lösung zur langfristige Bewahrung des digitalen Kulturerbes. Estland, Litauen, Lettland und Spanien hoben die kulturelle Zusammenarbeit zur Stärkung des gemeinsamen europäischen Geschichtsbewusstseins hervor.
- Abschließend gab Dänemark eine Vorschau auf seinen Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2025, wobei der EK-Vorschlag zum Nachfolgeprogramm von „Creative Europe 2021-2027“ im Vordergrund stehen soll. Zudem wird ein Schwerpunkt auf die Bedeutung von Kultur bzw. Medien für Europäische Werte und Demokratie gelegt.

Tagung des Rates – Teil Sport

- Der Rat nahm die „Schlussfolgerungen zu einem integrierten Konzept für Sport und körperliche Aktivität im Bildungsbereich“ einstimmig an. In den Schlussfolgerungen werden insbesondere die Potentiale hervorgehoben, die körperliche Aktivität und Sport im schulischen Umfeld haben können. Die Schlussfolgerungen richten sich zwar an Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter, dennoch wird betont, dass Sport und körperliche Betätigung integrale Bestandteile der Bildung sind, von frühester Kindheit bis ins hohe Alter, und somit Teil des lebenslangen Lernens sind. Sport und körperliche Betätigung können wesentlich zur körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung beitragen und eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer gesunden und integrativen Gesellschaft spielen. Darüber hinaus kann der Zusammenhalt zwischen Generationen gestärkt werden. In den Schlussfolgerungen wird ein integrativer Ansatz verfolgt, der beispielsweise aufzeigt, dass die Förderung von Sport und körperlicher

Aktivität im schulischen Umfeld nicht nur positive Effekte auf die physische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat, sondern auch auf ihre mentale Gesundheit enorme Auswirkungen entfalten kann, etwa durch den Abbau von Stress und die Stärkung des Selbstvertrauens. Neben diesem integrativen Ansatz steht auch eine sektorübergreifende Zusammenarbeit verschiedener Stakeholder in den Bereichen Sport, Bildung, Jugend und Gesundheit auf allen Ebenen im Fokus der Schlussfolgerungen. Die Mitgliedstaaten werden angehalten, soweit es möglich ist, die positiven Effekte, die Sport und körperliche Aktivität im schulischen Kontext haben können, zu fördern, etwa durch gezielte Information und Programme oder die Modernisierung von Sportinfrastruktur an Schulen. Weiters werden die Mitgliedstaaten eingeladen, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich Kinder und Jugendliche während eines Schultages mehr, im Idealfall zumindest eine Stunde, bewegen können.

- Die Orientierungsaussprache fand zum Thema „die Rolle von Sportlerinnen und Sportlern bei der Gestaltung von Sportpolitik“ statt. Nach einem Eingangsstatement von Maja Włoszczowska, ehemalige polnische Mountainbike-Athletin und seit 2021 IOC Mitglied, tauschten sich die Europäische Kommission und die EU-Sportministerinnen und Sportminister basierend auf drei Leitfragen über Möglichkeiten und Herausforderungen der Beteiligung von Athleten und Athletinnen an Entscheidungsprozessen in der Sportpolitik sowie über nationale Beispiele der Einbeziehung von Sportlerinnen und Sportler aus. Weiters stand die Frage nach den Unterstützungsmöglichkeiten der Europäischen Union beim Aufbau von Plattformen für den Dialog mit Athletinnen und Athleten im Fokus. Österreich hob dabei hervor, dass Athletinnen und Athleten über einen reichen Erfahrungsschatz verfügen und am besten die Bedürfnisse der Sporttreibenden kennen sowie klare Vorstellungen vom Sportumfeld haben. Herausforderungen seien etwa die fehlende Erfahrung der Sportlerinnen und Sportler im policy-making, bürokratische Hürden sowie die Mehrbelastung durch den höheren Zeitaufwand und die damit zusammenhängende Frage nach der Vereinbarkeit mit den jeweiligen Trainingsplänen. Wichtig sei dabei die Sicherstellung, dass die Stimme der Athletinnen und Athleten auch tatsächlich gehört und entsprechend gewichtet werde. In den letzten Jahren habe sich die Einbindung ehemaliger Spitzensportlerinnen und -sportler in die Verbands- und Vereinsarbeit, aber auch in die Verwaltung, sukzessive erhöht. In den verschiedensten Arbeitsformaten der EU, kommen immer wieder Athletinnen und Athleten zu Wort, die ihre Sicht der Dinge darlegen können bzw. nehmen Organisationen, welche die Anliegen der Athletinnen und Athleten vertreten, teil. Weitere Möglichkeiten könnten sich über das Programm Erasmus+ ergeben, aber auch die Abhaltung

themenspezifischer Fachkonferenzen, Peer Learning Aktivitäten oder auch eigene Schlussfolgerungen oder Empfehlungen bieten sich an.

- Unter den sonstigen Informationspunkten informierte der polnische Vorsitz in Anwesenheit des Ministers für Jugend und Sport der Ukraine, Herrn Matviy Bidny, über die Auswirkungen der russischen Invasion auf den ukrainischen Sportsektor. In einen weiteren Punkt informierte die italienische Delegation über die soziale und europäische Perspektive der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Milano/Cortina 2026. Weiters informierte die spanische Delegation über den 9. Mai 2025, an dem der Sport den Europatag feiert, und die finnische Ministerin für Sport Sandra Bergqvist informierte über das Foundation Board Meeting der Welt Anti-Doping Agentur (WADA) vom 5. Dezember 2024 in Riad, Saudi-Arabien. Darüber hinaus präsentierte die dänische Delegation ihr Arbeitsprogramm für den kommenden EU-Ratsvorsitz.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

26. Juni 2025

Christoph Wiederkehr, MA
Bundesminister

Claudia Plakolm
Bundesministerin

Eva-Maria Holzleitner, BSc
Bundesministerin

Andreas Babler, MSc
Bundesminister